

Stellungnahmen zum Fraktionsbericht der Grünen

**des Untersuchungsausschusses betreffend Zwei-Klassen-
Verwaltung wegen Bevorzugung von Milliardären durch ÖVP-
Regierungsmitglieder**

(COFAG-Untersuchungsausschuss) (6/US)

(2670 d.B.)

gemäß § 51 Abs. 3 Z 3 VO-UA

Stellungnahmen gemäß § 51 Abs 3 Z 3 VO-UA

1. Stellungnahme BDO Austria Holding Wirtschaftsprüfung GmbH

Die BDO Austria Holding Wirtschaftsprüfung GmbH erstattete folgende Stellungnahme:

„[A]ufgrund der Sensibilität unserer Tätigkeit als Prüfungs- und Beratungsgesellschaft gelten für uns besondere berufsrechtliche Verschwiegenheitsverpflichtungen, deren Verletzung strafbar ist und bis zum Verlust der Berufsbefugnis führen kann. Wir ersuchen Sie daher um Verständnis, dass wir generell zu unserer Tätigkeit keine Auskunft erteilen können.“

2. Stellungnahme HR Mag. Roland Macho

HR Mag. Roland Macho erstattete zu den Textteilen

S. 24

S. 74

im Wesentlichen folgende Stellungnahme:

Vorausschicken möchte ich, dass ich im Rahmen der mich treffenden Pflichten als Beamter der Finanzverwaltung gehandelt und im Rahmen der Gesetze, der Erlässe und organisatorischen Vorschriften gearbeitet habe. Eine Überschreitung meiner Kompetenzen ist niemals vorgelegen. In meiner Funktion als Fachvorstand ist die fachliche Leitung des Fachbereichs, welche die rechtliche Beurteilung von Groß- und Größtfällen durch Fachexperten, sowie die Qualitätssicherung von Prüfungsfällen vornimmt, eine Hauptaufgabe. Das Prüfteam, das ca. 7 Jahre SIGNA geprüft hat, untersteht nicht mir, sondern dem Vorstand der Großbetriebsprüfung. Ich war damals lediglich Fachvorstand und gegenüber dem Vorstand der Großbetriebsprüfung nicht weisungsbefugt. Meine Tätigkeiten betrafen lediglich den Komplex „Tuchlauben“. Dieser wurde durch den zuständigen Fachbereich (Liegenschaften) bearbeitet, und wurde von meinem Team lediglich eine Empfehlung formuliert.

Ich war zu diesem Zeitpunkt nicht Leiter der Großbetriebsprüfung. In meiner Funktion als Fachvorstand wurde ich – trotz mehrmaliger Nachfrage – ohne Angabe des Grundes im Auftrag des Generalsekretärs Mag. S. – als Vorgesetzter in das BMF „zitiert“. Der dort wartende R.B. bemängelte den mehrmaligen Prüferwechsel und die damit verbundene (zu) lange Prüfungsdauer und erläuterte den Sachverhalt vom Steuerthema „Tuchlaubenkomplex“.

Dieses Parteigehör iSd der BAO zu gewähren/wahren ist meine gesetzliche Verpflichtung, wie ich auch in meiner Stellungnahme gem. § 51 Abs. 3 Z 3 VO-UA ÖVP-Korruptions-UA/Macho zum Fraktionsbericht der GRÜNEN, ausgeführt habe.

Zu Seite 74:

Die zu prüfende Gesellschaft hätte einer einseitigen Erhöhung der Bemessungsgrundlage nicht unwidersprochen zugestimmt. Für den Fall der Zurechnung war daher mit Rechtsmittelverfahren bzw. einem Verständigungsverfahren mit der Finanzverwaltung von Luxemburg zu rechnen.

Ob und in welcher Höhe bei (Liegenschafts-)transaktionen/Geschäften Gewinne entstehen, ist nicht von der Behaltdauer sondern konkreten Sachverhalten abhängig. Der nationalen und internationalen Gesetzgebung, sowie Richtlinien (Erlässen) folgend, sind ausgeübte Funktionen und wahrgenommene Risiken, sowie der Mitteleinsatz relevant. Nach diesen anerkannten OECD-Grundsätzen war „der Wert“ festzusetzen.

Unabhängig vom zuständigen Finanzamt ist/war dies der gleiche fremdübliche Transaktionspreis, welcher von der Großbetriebsprüfung festzusetzen war.

Ich weise auf Folgendes hin:

Der Verfassungsgerichtshof überbindet die Abgabenverschwiegenheitsverpflichtung (§ 48a BAO) dem Untersuchungsausschuss.

